

Informationen für Presse, Funk und Fernsehen

Tourismuskongress 2006

**- Es gilt das gesprochene Wort -**

# **Mehr Markt wagen!**

**Grundsatzrede**

**Klaus Laepple**

**Präsident  
des Bundesverbandes  
der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW)**

**10. Tourismuskongress  
6. und 7. November 2006  
Hotel Adlon Kempinski, Berlin**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

es sind erfreuliche Nachrichten, in die der 10. Tourismusgipfel eingebettet ist. Die deutschen Unternehmen bewerten ihre aktuelle Lage so gut wie seit 15 Jahren nicht mehr. So meldet es der Ifo-Geschäftsklima-Index.

Auch ihre **Perspektiven** für das nächste halbe Jahr beurteilt die Wirtschaft wieder etwas günstiger. Das sind gute Signale. Die Tourismuswirtschaft sagt realistisch: In Teilmärkten stehen die Vorzeichen auf plus. Aber im Gesamtmarkt zeigt sich, dass Konsumenten und Firmenkunden nach wie vor auf wichtige, überfällige Reformen warten. Auch wenn laut GfK-Konsumklimaindex die Stimmung der Verbraucher sehr gut ist. Keine Frage, es tut sich etwas in unserem Land. Gott sei Dank, wenn wir bedenken, welche Starre die Bundesrepublik genau vor einem Jahr noch erfasst hatte. Doch frage ich Sie: Sind wir heute bereits schon dort, wo wir sein könnten?

Die Bundesregierung ist mit einem hohen Anspruch an sich selbst gestartet: „**Lassen Sie uns mehr Freiheit wagen**“, hatte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 30. November 2005 in ihrer Regierungserklärung appelliert. Ihre Erklärung verhieß einen Paradigmenwechsel. Das erste Jahr der großen Koalition geht zu Ende. Meine Damen und Herren, es ist angemessen zu fragen: Was ist aus dem **Reformanspruch** geworden? Hat die Wirtschaft, hat die Tourismuswirtschaft tatsächlich mehr Raum für Wachstum und Beschäftigung erhalten? Hat die Regierung letztlich dem Markt mehr Freiheit gegeben?

Die Bundeskanzlerin hat das Ziel ausgerufen: Deutschland soll bis 2016 wieder zu den ersten Drei in Europa gehören. Die Arbeitslosigkeit soll abgebaut, das Sozialversicherungssystem zukunftsfest und die Haushalte konsolidiert werden. Genau das ist der richtige Weg. Legen wir die **Messlatte der Tourismuswirtschaft** an. Zur Erinnerung: Wir stehen für 2,8 Millionen Arbeitsplätze, 140.000 Auszubildende und für einen Produktionswert von 185 Milliarden Euro.

Im Einzelnen. Ich starte bewusst mit dem wunden Punkt, mit der **Arbeitsmarktpolitik**. Es ist keine Frage, dass wir von einer Lösung des größten Problems noch weit entfernt sind. Die hohe Arbeitslosigkeit und die höchste Zahl an Langzeitarbeitslosen sind noch nicht im Griff. Ich sehe darin eine gemeinsame Aufgabe von Wirtschaft und Politik. Aber, meine Damen und Herren, der rechtliche Rahmen stimmt nicht.

Wir haben zu hohe Hürden für Arbeitssuchende und vor allem auch für Unternehmen, die Arbeitskräfte suchen. Wenn eine Fluggesellschaft in Berlin 100 Stellen in einem Call Center schaffen möchte, aber **keine Mitarbeiter findet**, dann ist dies angesichts der hohen Arbeitslosenzahl unfassbar. Dieses Beispiel zeigt, dass der Arbeitsmarkt aufgrund des Arbeitsvertragsrechts und des Sozialversicherungssystems im Ungleichgewicht ist.

Die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu Hartz IV war richtig. Aber die Systematik schafft zumindest in manchen Bereichen einen zu geringen **Anreiz zu eigener Arbeitsleistung** statt staatlicher Zuwendung. Arbeitssuchende brauchen eine Grundsicherung. Aber noch wichtiger ist es, den Weg zurück in die Beschäftigung zu bahnen.

Und hier frage ich mich, ob bei den Gesetzgebungsinitiativen tatsächlich genau auf die Branchen geblickt wird. Was im Bereich des **Kündigungsschutzes** angedacht war, hätte Arbeitsplätze in hohem Maße vernichtet, statt neue zu schaffen. Um es auf den Punkt zu bringen: Die Tourismuswirtschaft braucht wie vielleicht keine zweite Branche die Möglichkeit, Arbeitsverhältnisse ohne bestimmte Sachgründe zu befristen. Der DEHOGA formuliert es trefflich: **Besser befristet arbeiten als unbefristet arbeitslos**.

Meine Damen und Herren, Sie wissen das doch persönlich: Reisen ist ein Saisongeschäft. Hotellerie, Gastronomie und alle Verkehrsträger unterliegen nicht nur den Schwankungen der Jahreszeiten. Wirtschaftliche Einflüsse, politische Entwicklungen und Naturereignisse schlagen schnell auf das Verhalten der Reisenden durch. Das erfordert vor allem eines: **flexible Strukturen**, die flexibles Handeln ermöglichen.

Und es erfordert ein genaues Eingehen auf die einzelnen Märkte, auch innerhalb Deutschlands. Mancher wird sich fragen, ob Hotellerie und Gastronomie unsozial sind, weil sie einen gesetzlichen **Mindestlohn ablehnen**. Nein, sage ich. Sie sind aufgrund der Kaufkraft ihrer Kunden gezwungen, zu Kosten zu arbeiten, die auch gedeckt werden können. Und unterschätzen Sie nicht die Kaufkraftunterschiede zwischen den Bundesländern.

Wenn das **Arbeitnehmer-Entsendegesetz** auf das Gastgewerbe ausgeweitet, und damit ein Mindestlohn festgesetzt wird, dann drohen zwei Konsequenzen: Die **Vernichtung** von Beschäftigung im Niedriglohnbereich. Und die Flucht vieler in die **Schattenwirtschaft**. Ich möchte klarstellen: Es geht nicht um Ausbeutung, sondern um marktgerechte Löhne. Die Höhe kann nur der Markt bestimmen und nicht die Politik.

Wir haben mehrere Bereiche in denen demjenigen, der geschützt werden soll, geschadet wird. Nehmen wir das Jugendarbeitsschutzgesetz. Insgesamt hat es unbestritten eine unverzichtbare Funktion. Aber wissen Sie zu welchem Effekt es führt? Nämlich dazu, dass **Haupt- und Realschüler** in der Gastronomie oft **nicht beschäftigt werden können**. Die Betriebe wollen sie einstellen. Aber die minderjährigen Schulabsolventen dürfen nur bis 22 Uhr arbeiten, auch wenn sie länger wollten. In die Disco dürfen sie, aber arbeiten dürfen sie nicht. Damit fallen sie für den Normalbetrieb am Abend aus. Um gesetzeskonform arbeiten zu können, muss man Abiturienten einsetzen. Dieser Fehler muss korrigiert werden.

Die Tourismuswirtschaft unterbreitet Parlament und Regierung zur Arbeitsmarktpolitik einen konkreten, übergreifenden Vorschlag: Greifen Sie die bereits diskutierte Idee eines **integrierten Arbeits-Vertrags-Gesetzes** auf. Legen Sie die 30 unterschiedlichen arbeitsrechtlichen Regelungen in ein Gesetz zusammen. So lassen sich Widersprüche zwischen den Gesetzen aufdecken und vor allem ein Stück Bürokratie abbauen. Zusammengefasst: Die Tourismuswirtschaft fordert die Regierung auf, entschlossen und konsequent den **Arbeitsmarkt zu deregulieren**. Wir wollen Arbeitsplätze schaffen, aber die Politik muss die Handbremse lösen.

Der Arbeitsmarkt erfordert mehr Freiheit, mehr Entscheidungsfreiheit.

Neben der Arbeitsmarktpolitik ist der zweite große Block der Regierungsarbeit die **Steuer- und Finanzpolitik**. Ich sehe, welches Dilemma die Bundesregierung übernommen hat. Steuern und Staatsausgaben müssen runter. Aber der Staat braucht auch mehr Handlungsspielraum. Die Bundesregierung ist hierbei nicht zu beneiden. Jetzt rächt sich die Verschuldungspolitik von Jahrzehnten.

Ganz gleich, wie die Ausgabenseite fortan gestaltet wird: Die Tourismuswirtschaft fordert dringend die schon lange diskutierte **Unternehmenssteuerreform** ein. Ich stehe hier vor Ihnen als Sprecher für viele Kapitalgesellschaften und für Zigtausende mittelständische Personengesellschaften. Und ich sage Ihnen: Was in der Regierungserklärung vom 30. November 2005 steht, muss umgesetzt werden: Wir brauchen einen **Steuertarif**, bei dem die **Rechtsform** eines Unternehmens **keine Rolle spielt**. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Das ist eine Verpflichtung gegenüber den inhabergeführten Reisebüros, Hotels, Gaststätten und Busunternehmen. Das ist eine Verpflichtung gegenüber dem gesamten Mittelstand!

Die Tourismuswirtschaft wäre froh, sie bezüglich der Unternehmenssteuerreform mehr Klarheit. Wir sehen mit Sorge, dass die Regierung eine **stärkere Substanzbesteuerung** erwägt, um die Einnahmeausfälle zu begrenzen. Vorsicht: Für ertragsschwache Unternehmen, die es auch in unserer Branche gibt, wäre dies **lebensgefährlich**.

**Kompliment** sage ich, für die Reform der **betrieblichen Erbschaftssteuer**. Ab 2007 – so der Plan – soll die Erbschafts- und Schenkungssteuer auf produktiv eingesetztes Vermögen über zehn Jahre zinslos gestundet werden. Jedes Jahr werden davon 10 Prozent erlassen. Damit erfüllen Sie eine wichtige Forderung der deutschen Tourismuswirtschaft. Den vielen Unternehmen unserer Branche, die vor dem **Generationswechsel** stehen, **erleichtern** Sie damit die Zukunftssicherung. Hier hat die Regierung

Wort gehalten und ihr Versprechen aus der Regierungserklärung eingelöst.

Ich möchte ein **zweites Kompliment** anbringen: Die Bundesrepublik hält 2006 das **3-Prozent-Maastrichtkriterium** ein. 2007 liegt die Nettokreditaufnahme erstmals wieder unter den Investitionsausgaben. Das sollte eigentlich selbstverständlich sein. Trotzdem würdigen wir diesen Erfolg. Die Staatsverschuldung zu senken ist ein Muss. Aber, und jetzt kommt die **Einschränkung**: Es kann nicht sein, dass sich der Bund mehr finanziellen Spielraum **auf Kosten der Unternehmen** und der **Verbraucher** sichert. Die Senkung der Staatsausgaben muss an erster Stelle stehen.

Ich wundere mich ehrlich gesagt, auf wie **wenig Gegenrede** die **Mehrwertsteuer-Erhöhung** um 3 Prozentpunkte, oder besser gesagt um 18,75 Prozent stößt. Das aktuelle Wachstum und das freundliche Verbraucher-Klima sollten uns nicht darüber hinweg täuschen, dass die Mehrwertsteuer-Erhöhung eine **Konsumbremse** ist. Diese Erhöhung hätte nur als ultima ratio gewählt werden dürfen. Sie **schadet** der Wirtschaft, nicht nur **der Tourismuswirtschaft**. Lassen Sie es mich plastisch sagen: **Diese Mehrwertsteuer-Erhöhung ist die Jugendsünde dieser Großen Koalition.**

Zusammen mit der Erhöhung der Versicherungssteuer, der so genannten Reichensteuer und mit weiteren bekannten Steueränderungen erleben wir laut IW Köln unter dem Strich eine **Mehrbelastung von 22 Milliarden Euro**. Das ist die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Entlastung bei der Einkommensteuer und bei den Sozialversicherungsbeiträgen ist damit wett gemacht. Die erste Chance, den Verbrauchern mehr verfügbares Einkommen zu lassen und damit mehr Freiheit zu geben, ist vertan.

Die Tourismuswirtschaft muss diese Entwicklung **kritisieren**, weil sie anders als manch andere Branche davon voll getroffen wird. Die meisten Leistungen im Bereich der **Mobilität** und des **Reisens** im Inland unterliegen dem **Regelsteuersatz**. Deshalb **schadet** die **Mehrwertsteuererhöhung** dem **Reiseland**

**Deutschland.** Denn Reisende, insbesondere aus dem Ausland, vergleichen genau. Und sie erfreuen sich an den reduzierten Mehrwertsteuersätzen in fast allen anderen europäischen Ländern. Statt dass hier zu Lande ebenfalls der **Mehrwertsteuersatz** für die **Hotellerie und Gastronomie reduziert** wird, wird er erhöht. Verehrte Mitglieder des Deutschen Bundestags: Dafür fehlt uns jedes Verständnis.

Sehr geehrter Herr **Hinsken**, sehr geehrte Frau **Mortler**, hier baut der Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft auf **Ihr politisches Gewicht** und Ihre Überzeugungskraft. Das deutsche Gastgewerbe braucht den reduzierten Mehrwertsteuersatz. Diese Änderung ist überfällig.

Auch aus aktuellem Anlass. Deutschland hat die **FIFA Fußball-Weltmeisterschaft** gewonnen. Was den Titel unserer Mannschaft angeht, leider nicht ganz. Aber was das **Gastgeberkonzept** betrifft. Vor einem Jahr, hier im Hotel Adlon Berlin, hatten wir uns zum Ziel gesetzt, freundliche, fröhliche, perfekte Gastgeber zu sein. Ich gebe das Kompliment an Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Das Konzept ist **aufgegangen**. Deutschland hat sich von einer Seite gezeigt, die wir selbst zuvor gar nicht kannten.

Der Erfolg in Zahlen: Im Juni und Juli verzeichnete die Tourismuswirtschaft 12,5 Millionen **Übernachtungen** ausländischer Gäste. Das ist ein **Plus von 19,3 Prozent**. Die Befragungen ergaben: 90 Prozent unserer Gäste wollen wieder kommen, weil sie sich wohl gefühlt haben. Das ist Ihr Verdienst. Das ist auch ganz besonders das Verdienst der **Deutschen Zentrale für Tourismus**. Sie hat die nationale **Service- und Freundlichkeitskampagne** koordiniert und mit vielen Partnern umgesetzt, darunter das OK FIFA WM 2006, der BTW, die Deutsche Bahn, die Deutsche Lufthansa, der DEHOGA, der ADAC, die Busbranche und die Flughäfen.

Die Kampagne wurde finanziert durch das **Bundesministerium des Innern** und das **Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie**. Es war **gut investiertes Geld** in das Deutschland-Marketing. Es lohnt sich, so offensiv für das Reiseland Deutsch-

land zu werben. Ich ermuntere die Bundesregierung an diesen Erfolg anzuknüpfen und die **Unterstützung** für die **DZT** nochmals deutlich **auszubauen**. Jeder Euro für die DZT zahlt sich für Deutschland doppelt und dreifach aus.

Gestatten Sie mir, dass ich als dritten Punkt – politisch gesehen – das Herz unserer Branche anspreche: Die **Verkehrspolitik**. Ein Gedanke aus der Regierungserklärung steht hierzu über allem: Wir brauchen das modernste und **leistungsfähigste Verkehrsnetz** in Europa. Meine Damen und Herren, wir haben ein ausgezeichnetes Verkehrsnetz. Unser Problem sind **unnötige Engpässe** und tief greifende **Verzerrungen** im internationalen Wettbewerb.

Konzeptionell sind die Große Koalition und die deutsche Tourismuswirtschaft sehr nah bei einander. Das bezieht sich auf die Schiene, auf die Straße und auf die Luft. Die Große Koalition hat in ihrer Koalitionsvereinbarung verankert, dass für sie grundsätzlich die **Gleichwertigkeit der Verkehrsträger** gilt. Gut so! Denn es ist wichtig, dass wir Verkehrswegeplanung und –finanzierung von **ideologischen Überlegungen** befreien. Nur **harte Kriterien** dienen dazu, die Wirtschaftlichkeit und die Energieeffizienz und die Umweltfreundlichkeit von Verkehrssystemen zu beurteilen. Gemeint sind damit die Kosten, der Energieverbrauch und der Schadstoffausstoß je Personenkilometer.

Gestatten Sie mir, dass ich ein aktuelles Thema aufgreife. Bundespräsident Horst Köhler hat das Gesetz zur Neuregelung der Flugsicherung wegen verfassungsrechtlicher Bedenken nicht unterzeichnet. Damit ist die **Privatisierung der Deutschen Flugsicherung vorerst gestoppt**. Es steht dem Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft nicht zu, diesen Schritt zu beurteilen. Wir weisen aber mit Nachdruck darauf hin: Mit dem Stopp der Privatisierung ist das **Problem** der Luftraumüberwachung **nicht gelöst**.

Die Flugsicherung kann und muss **effizienter** organisiert werden. Das heißt zum einen **kostengünstiger**, zum anderen aber auch – und das betone ich – **umweltverträglicher**. Durch eine moderne

Flugführung und durch einen gezielten Ausbau der Infrastruktur am Boden ließe sich der Energieverbrauch deutlich reduzieren. Schon durch die Umsetzung des „Single European Sky Programm“ können bis zu zwölf Prozent der **CO2-Emissionen** eingespart werden. Lufthansa hat es ausgerechnet: Allein Lufthansa verbraucht täglich so viel Kerosin in Warteschleifen, wie für **elf Langstreckenflüge** zwischen Frankfurt und New York benötigt wird.

Meine Damen und Herren, die **Warteschleifen** am deutschen Himmel sind ökonomisch und ökologisch unhaltbar. Sie sind **ein Skandal**. Um dies auf den Punkt zu bringen: Die deutsche Tourismuswirtschaft ist sich ihrer besonderen **Verantwortung für den Klimaschutz** bewusst. Die Unternehmen und Verbände der Branche arbeiten aktiv daran, den steigenden Wunsch nach Mobilität, den steigenden Bedarf an Transportkapazität und die zwingende Notwendigkeit der Schadstoffreduktion in ein schlüssiges Konzept zu bringen.

Die Betonung liegt auf **Konzept**. Damit erteilt die Reisebranche jedem ökologisch klingenden, aber unsinnigen Vorstoß eine Absage. Eine **Sonderabgabe auf Flugtickets** zur Abschreckung von Passagieren und zugleich zur Finanzierung der Entwicklungshilfe ist **inakzeptabel**. Weil sie der Umwelt nichts bringt. Und weil sie die einkommensschwachen Menschen von der Mobilität ausschließt. Was übrigens dem Koalitionsvertrag widerspricht, wo es heißt: „Die Kosten für die Mobilität müssen sozial verträglich bleiben.“

Darüber hinaus halte ich einen Punkt für wesentlich: Wenn wir über **Klimaschutz** sprechen, dann müssen wir **global** denken. Nationale oder europäische Initiativen mögen ethisch wichtig sein. Sie reichen aber nicht aus. **Die EU alleine wird keinen Gletscher retten**. Der sprunghafte Anstieg des Energieverbrauchs tritt nicht hier, sondern in den Boomregionen China, Indien und auf der arabischen Halbinsel auf. Dies entbindet uns nicht von unserer **Pflicht zum aktiven Klimaschutz**. Aber es zeigt uns die große Verantwortung der Politik, die Staatengemeinschaft für den Klimaschutz zu gewinnen.

Die Wirkung rein nationaler oder europäischer Auflagen und Sonderabgaben besteht nur in der **Wettbewerbsverzerrung**. Dadurch kann die hiesige Luftfahrtbranche zum Erliegen kommen. Das gilt auch für den **Emissionshandel**. Das Instrument kann zur Senkung von Emissionen geeignet sein. Aber vor einer internationalen Einführung müssen die **technischen** und **rechtlichen Rahmenbedingungen** geklärt sein. Sonst katapultiert die Politik genau die Fluggesellschaften aus dem Markt, die sich heute am aktivsten für Schadstoffreduktion einsetzen. Das kann nicht das Ziel sein.

Die Gleichwertigkeit der Verkehrsträger, wie sie die Große Koalition feststellt, gebietet es zudem, beim Klimaschutz alle Verkehrsträger einzubeziehen. Sie nutzen dieselben natürlichen Ressourcen. Deshalb erfordert Klimaschutz ein **integriertes Konzept**.

Ich sage Ihnen, auch wenn dies manchem Ideologen verquer klingt: Der **Ausbau der Flughäfen** dient zur **Vermeidung von Energieverschwendung**. Auch der Knoten bei den Lande-Slots muss durchschlagen werden, damit die Warteschleifen ein Ende haben. Doch Neubauten allein sind keine Lösung. Es macht wenig Sinn, neue Flughäfen zu bauen, die nicht wirtschaftlich optimal genutzt werden können. Schon deshalb benötigt der neue **Großflughafen BBI Betriebszeiten**, die der Nachfrage entsprechen.

Aber, und auch das betone ich: Was die Tourismuswirtschaft einfordert, sind **schnellere Genehmigungsverfahren** für Flughafen- aus- und -neubauten. Also für Bauten, die aufgrund der Nachfrage erforderlich sind. **Staatliche Subventionen für unwirtschaftliche Regionalflughäfen** – dazu sagt der BTW: **Nein Danke**. Schluss damit! Wir ermuntern die Regierung, am **Masterplan** zur Entwicklung der Flughafeninfrastruktur festzuhalten. Das ist ein wichtiger Passus in der Koalitionsvereinbarung.

Meine Damen und Herren, bei der Zukunft der **Deutschen Bahn** macht uns die Bundesregierung die Orientierung nicht leicht. Die Tourismuswirtschaft zollt der Modernisierung der Bahn größten

Respekt. Die Höhe der Frequenzen, die Vertaktung der Verbindungen, die Qualität der Züge und die Servicequalität entwickeln sich vorbildlich. Dies gilt ebenso für die **Geschäftszahlen**.

War nicht der Plan der Regierung, die Deutsche Bahn an den Kapitalmarkt zu bringen, wenn die wirtschaftlichen Daten stimmen? Und ich sage Ihnen: Die Daten stimmen. Und trotzdem steht der **Börsengang** jetzt auf der Kippe. Weil die Große Koalition in dieser Frage kneift. Meine Damen und Herren, Reformbereitschaft sieht anders aus. Die Bahn braucht Geld für Investitionen. Der Bund ist zum Sparen gezwungen. Wie kann man dann freiwillig auf den Börsengang der Bahn verzichten? Dies wäre ein großer **finanzpolitischer Fehler**. Ich appelliere an die Große Koalition: Sichern Sie die Zukunft der Bahn. Machen Sie für die Bahn den Weg zur Börse frei!

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit dem **Autoverkehr** schließen, der die größte Gruppe an Reisenden repräsentiert. Was die Warteschleifen am Himmel sind, stellen die **Staus** auf den **Autobahnen** dar. Vielfach sind sie durch **Politik** und **Verwaltung**, wenn auch unbeabsichtigt, **verschuldet**. Wir sehen zweifach dringenden **Handlungsbedarf**. Ich wiederhole hier auch in diesem Jahr meine Mahnung von den vorangegangenen Tourismuspikeln: Die **Sommerferien** müssen weiter **entzerrt** werden. Nur so sind die extremen Engpässe zu beseitigen. Ich appelliere an das Verantwortungsbewusstsein der Kultusminister. Und ich rufe das Verkehrsministerium auf, das **Baustellenmanagement** für die Autobahnen deutlich zu **verbessern**. Das gebietet die ökologische Verantwortung und die wirtschaftliche Vernunft. Nur so lässt sich der Verkehrsknoten zumindest lockern.

In einem Punkt bitte ich zugleich die Bundesregierung, einen Zweifel auszuräumen. Laut Koalitionsvertrag ist es ein Ziel, mehr privates Kapital für den **Verkehrswegebau** zu mobilisieren. Als Beispiel dient die LKW-Maut. Ich hoffe im Interesse der Reisenden und der Tourismuswirtschaft, dass ich davon ausgehen kann, dass es bei einer reinen LKW-Maut bleibt. Ich sage deutlich: **Die deutsche Tourismuswirtschaft lehnt eine PKW-Maut strikt ab.**

Kfz- und Mineralölsteuer sind genug. Der Straßenbau braucht nicht mehr Geld. Es muss nur richtig eingesetzt werden.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich vertritt der Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft Partikularinteressen. Wir sind eine große, sehr differenzierte Branche. Deshalb lassen Sie mich unsere **zentralen Forderungen** an die Bundesregierung und an den Deutschen Bundestag auf den Punkt bringen. Die Bundeskanzlerin möchte **mehr Freiheit wagen**. D'accord! Die Tourismuswirtschaft appelliert darüber hinaus: „**Lasst uns mehr Markt wagen!**“

Von der Frage des Klimaschutzes abgesehen, bestehen die **größten Engpässe**, wo der **Staat** durch seinen **Eingriff** Angebot und Nachfrage in ein **Ungleichgewicht** bringt. Denken Sie an die unbesetzten Arbeitsplätze und an die bitter notwendigen Niedriglohnjobs. Denken Sie an die Warteschleifen am Himmel und an die Staus auf den Autobahnen. Auf Ihren Reformwillen kommt es an, damit die Tourismuswirtschaft schneller wachsen kann.

Ich appelliere an die Bundesregierung: Halten Sie am Reformkurs fest! Räumen Sie Hindernisse für Wachstum und Beschäftigung aus dem Weg! Die Tourismuswirtschaft kann und will Arbeit schaffen. Aber Sie müssen dafür die nötigen Voraussetzungen schaffen! Der Kurs stimmt. Jetzt muss das Reformtempo erhöht werden.

Ich danke Ihnen.

*19008 Zeichen*

**Kontakt:**

Tobias Jüngert, Pressesprecher  
Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW)  
Telefon (030) 2 84 06-16, Fax (030) 2 84 06-32  
presse@btw.de